



Wirtschaft Aktuell

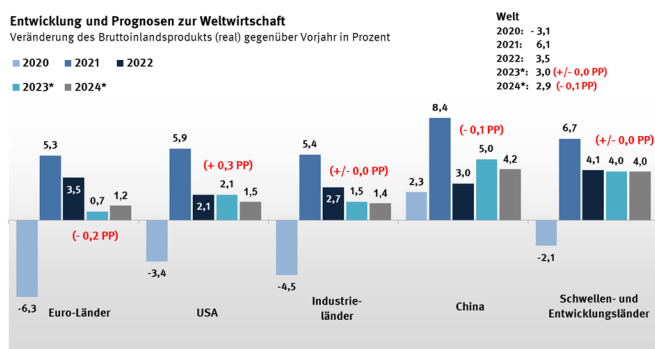
Schwache Weltwirtschaft – Deutschland in der Rezession

Die Weltwirtschaft wird aufgrund der Folgen von Krieg, Sanktionen sowie stark steigenden Preisen und zunehmenden geopolitischen Konflikten gebremst, ist aber nicht in der Krise. Der IWF erwartet ein globales Wachstum von drei Prozent in diesem und von 2,9 Prozent im nächsten Jahr. Bei den Industrieländern legt vor allem die USA zu, und zwar um 2,1 Prozent. Deutschland ist das einzige Land im Euroraum, das in der Rezession ist. Die Gemeinschaftsdiagnose erwartet in ihrem Herbstgutachten einen Rückgang des BIP um 0,6 Prozent. Vor allem der private Konsum, der Staatsverbrauch und die Bauinvestitionen bremsen die Entwicklung. Für 2024 wird mit steigenden Realeinkommen ein Wachstum von 1,3 Prozent erwartet.

Die Weltwirtschaft befindet sich mit den Folgen von Krieg, Sanktionen, stark steigenden Preisen und zunehmenden geopolitischen Konflikten in einer schwierigen Phase. Das führt zwar nicht in eine Krise, aber es belastet die wirtschaftliche Entwicklung. Der Internationale Währungsfonds rechnet in seiner aktuellen Prognose vom Oktober für **2023** mit einem realen globalen Wachstum von drei Prozent und für **2024** von 2,9 Prozent. Die Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute ist in ihrem Herbstgutachten pessimistischer und erwartet einen Anstieg des Welt-BIP um 2,5 und 2,3 Prozent. Wachstumstreiber bleiben, wie schon in den letzten Jahren, weiterhin die Schwellen- und Entwicklungsländer, die nach der IWF-Prognose um jeweils vier Prozent zulegen werden. Dagegen wird für die Industrieländer nur mit einem Wachstum von 1,5 und 1,4 Prozent gerechnet.

Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes sind innerhalb eines Jahres um etwa 50 Prozent angestiegen. Weil gleichzeitig die privaten Wohnungsbauinvestitionen stark gesunken sind, schlägt sich diese Entwicklung noch nicht in den gesamten Anlageinvestitionen nieder. Die Wachstumserwartungen für die USA fallen für 2024 deutlich schwächer aus.

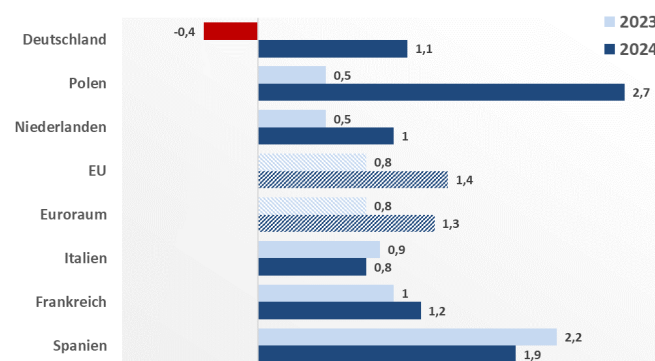
China fungierte jahrelang als der Motor der Weltkonjunktur. Seit der Corona-Pandemie hat die chinesische Null-Covid-Strategie die wirtschaftliche Entwicklung und den Außenhandel massiv gebremst. Anfang 2023 wurden alle Maßnahmen aufgehoben. Es bestand die Hoffnung auf einen kräftigen Wachstumsschub. Doch dieser ist bisher nur sehr schwach. In diesem Jahr soll China gemäß der Prognosen um 5,0 Prozent wachsen und im nächsten Jahr um 4,2 (IWF) bzw. 4,5 Prozent (Gemeinschaftsdiagnose). Für chinesische Verhältnisse ist das eine sehr verhaltene Entwicklung, zumal China kein Inflationsproblem hat. Doch der Immobiliensektor ist in der Krise und bremst die gesamte Wirtschaft.



Anteile an der Weltwirtschaftsleistung 2021/2022 in US-Dollar (IWF, World Economic Outlook, April 2023):
USA: 24,2/25,4 Prozent, Europäische Union: 18,5/16,6 Prozent, China: 18,4/18,1 Prozent, Restliche Welt: 38,8/39,9 Prozent.
Anteile an der Weltwirtschaftsleistung 2021/2022, in Kaufkraftparitäten, internationaler Dollar (IWF, World Economic Outlook, April 2023):
USA: 15,8/15,6 Prozent, Europäische Union: 14,8/14,9 Prozent, China: 18,8/18,8 Prozent, Restliche Welt: 50,9/51,1 Prozent
Quelle: IWF, Oktober 2023 (* = Projection), Veränderung zur Aprilprognose in Prozentpunkten Grafik: IGM Metall, Koordination Branchenpolitik

Bei den Industrieländern sind es die USA, die in diesem Jahr mit einer sehr positiven wirtschaftlichen Entwicklung herausstechen. In der Gemeinschaftsdiagnose wird für 2023 ein Wachstum von 2,0 Prozent (IWF 2,1) erwartet. Sowohl der private Konsum (plus 2,2 Prozent) als auch die Konsum- und Investitionsausgaben des Staates (plus 2,7 Prozent) legen kräftig zu und beflügeln das Wachstum. **Bei den Investitionen der Unternehmen beginnen die zahlreichen Subventionsprogramme (Inflation Reduction Act und CHIPS Act) zu wirken.** Die Bauin-

Prognose reales Bruttoinlandsprodukt für 2023 und 2024 in Europa
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: EU-Kommission, September 2023

Grafik: IGM Metall, Koordination Branchenpolitik

Schlusslicht der wirtschaftlichen Entwicklung ist in diesem Jahr die Eurozone. Da sind sich der IWF, die Gemeinschaftsdiagnose

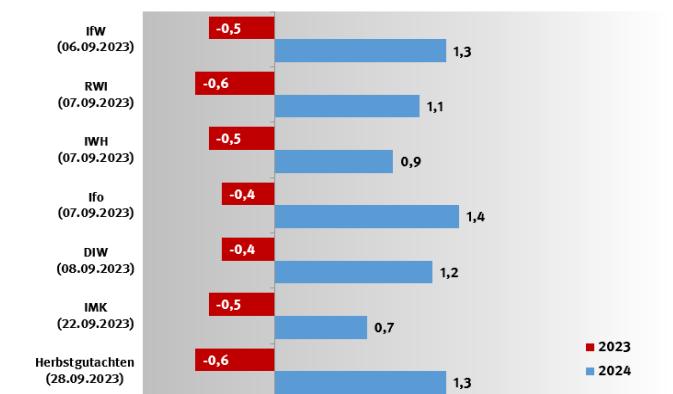


und die EU-Kommission einig. Die Wachstumserwartungen bewegen sich zwischen plus 0,8 und 0,9 Prozent. Der private Konsum, die Bruttoanlageinvestitionen und die Exporte legen leicht zu und sorgen so für das geringe Wachstum. Für das nächste Jahr prognostiziert die Gemeinschaftsdiagnose einen stärkeren Anstieg aller drei Größen, was zu einem Wachstum von 1,1 Prozent führen soll. Der IWF erwartet sogar eine Zunahme um 1,3 Prozent. **Deutschland ist zumindest in diesem Jahr noch das Schlusslicht im Euroraum und das einzige Land, das sich in der Rezession befindet.**

Die **deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute** haben mit ihren Herbstprognosen teilweise ihre Sommerprognosen erneut nach unten korrigiert. Die Korrekturen zum Frühjahrgutachten fielen noch kräftiger aus. So senkten die Institute in der Gemeinschaftsdiagnose ihre BIP-Prognose für 2023 gegenüber dem Frühjahr von plus 0,3 auf minus 0,6 Prozent um 0,9 Prozentpunkte und für 2024 von plus 1,5 auf plus 1,3 Prozent. Nach der Rezession im Winterhalbjahr 2022/23, bei der die deutsche Wirtschaftsleistung zwei Mal in Folge um 0,4 bzw. 0,1 Prozent sank, stabilisierte sich die Konjunktur im zweiten Quartal.

Für das dritte Quartal 2023 erwarten die Institute erneut einen Rückgang um 0,4 Prozent. Zu diesem Ergebnis trägt vor allem der Bausektor bei, dessen Wertschöpfung im dritten Quartal um 1,5 Prozent sinken wird. Aber auch das Verarbeitende Gewerbe verliert mit 1,1 Prozent spürbar an Wirtschaftsleistung. Im Schlussquartal 2023, in dem die Wertschöpfung des Baugewerbes weiter sinken wird, dürfte nach der Erwartung der Gemeinschaftsdiagnose das BIP insgesamt nur geringfügig um plus 0,2 Prozent zulegen.

Institutsprognosen für Deutschland 2023 und 2024
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent **2022: +1,8 Prozent***



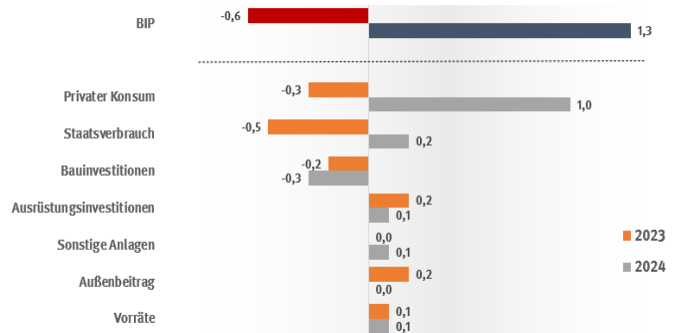
Quelle: Prognosen der Institute, *Destatis Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Treiber dieser Entwicklung sind Kräfte, die schon seit geraumer Zeit das Wachstum belasten. **Hierzu gehört der private Konsum, der unter den nach wie vor hohen Inflationsraten und den sinkenden Realeinkommen leidet.** So werden die Verbraucherpreise 2023 um 6,1 Prozent zulegen und auch im kommenden Jahr wird die Inflationsrate mit 2,6 Prozent noch über der Zielinflationsrate der EZB liegen. Weder die Zuwächse der Tarif- noch der Effektivverdienste werden diesen Kauf-

kraftverlust kompensieren können, sodass über das Gesamtjahr 2023 die realen Verdienste sinken werden. Die Folge ist, dass auch die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte sinken. Erst im kommenden Jahr ist mit einem realen Zuwachs der Verdienste und des Konsums zu rechnen. Der stabile Arbeitsmarkt begünstigt die Konsumerholung.

Neben dem privaten Konsum lasten 2023 auch die staatlichen Konsumausgaben mit minus 0,6 Prozentpunkten auf dem Wachstum. Hier macht sich der Wegfall der corona-bedingten Ausgaben bemerkbar. Darüber hinaus mindern die hohen Zinssätze die Bauinvestitionen und bremsen in diesem und im kommenden Jahr. Den Ausrüstungsinvestitionen ist es zu verdanken, dass die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr nicht noch weiter zurückgeht. Zwar belasten die Zinserhöhungen auch die Investitionen in Produktionsmittel, jedoch unterstützen die Auflösung der Lieferengpässe bei den Vorprodukten, die hohen Auftragsbestände und die sinkenden Energiekosten.

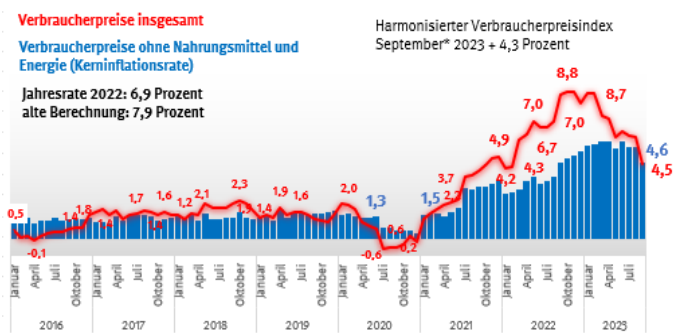
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen BIP 2023/2024
BIP-Wachstumsrate, Beiträge der Nachfragekomponenten in Prozentpunkten des BIP-Wachstums



Quelle: Herbstgutachten der Institute, 28.09.2023 Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die **aktuelle Entwicklung der Verbraucherpreise** zeigt aufgrund des Basiseffektes einen Rückgang der Inflationsrate. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das Preisniveau im September gegenüber dem Vorjahr 'nur' noch um 4,5 Prozent (August: plus 6,1 Prozent). Ohne Energie- und Nahrungsmittel betrug der Zuwachs 4,6 Prozent. Die Kernrate war damit durch die Verteuerung der anderen Waren und Dienstleistungen erstmals höher als der Preisanstieg insgesamt.

Verbraucherpreise
Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent, letzter Wert: September* 2023



Quelle: Statistisches Bundesamt, *vorläufig, ab 2021: Basisjahr 2020 Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik